

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 153-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.773

Eingereicht am: 19.08.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gnägi (Jens, BDP) (Sprecher/in)
Etter (Treiten, BDP)
Schenk-Anderegg (Schüpfen, BDP)

Weitere Unterschriften: 3

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 08.09.2016

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Direktionsübergreifende Ansprechstelle „Fahrende“ – Unterstützung für betroffene Gemeinden

Der Regierungsrat wird beauftragt, aus den bestehenden Ressourcen eine direktionsübergreifende Ansprechstelle «Fahrende» für Gemeinden einzurichten.

Begründung:

Die Diskussionen rund um die Schaffung eines Transitplatzes in Meisberg zeigen die Schwierigkeiten, eine politisch sinnvolle und vertretbare Lösung in der Thematik Fahrende zu finden. Ein Transitplatz könnte die Probleme allenfalls entschärfen, eine längerfristige Lösung ist allerdings wohl so nicht zu erreichen.

Die Problematik hängt vorderhand auch mit den fehlenden Instrumenten für die Gemeinden im Umgang mit den Fahrenden zusammen. Gemeinden, wo Fahrende einen Spontanhalt einlegen, stossen in dieser Situation oft an ihre Grenzen. Der Umgang und die Verhandlungen mit den Fahrenden gestalten sich als sehr schwierig, dazu gibt es Druck der Bevölkerung, die dem Aufenthalt von Fahrenden oft sehr kritisch gegenübersteht. Insbesondere kleinere Gemeinden mit wenig personellen Ressourcen können in einer solchen Situation kaum reagieren und fühlen sich

oft ohnmächtig, auch, weil sich einige Fahrende nicht an Vereinbarungen oder geltendes Recht halten.

Mit Ausnahme der Kantonspolizei gibt es beim Kanton kaum Stellen für solche Fälle. Dabei ist die Situation meist komplex: Neben Sicherheitsfragen geht der Umgang mit Fahrenden oft auch mit gewerberechtlichen Aspekten einher, beispielsweise aufgrund der Erwerbstätigkeiten der Fahrenden, oder es stellen sich Fragen zu den Themen Gewässerschutz und allgemeiner Umweltschutz.

Der Regierungsrat könnte mit der Schaffung einer Ansprechstelle die betroffenen Gemeinden wirkungsvoll unterstützen und entlasten. Eine solche Stelle müsste sich mit den diversen Aspekten der Thematik auskennen und idealerweise die bisher gemachten Erfahrungen sammeln und sinnvoll weitergeben.

Da die Fragen im Zusammenhang mit Fahrenden in verschiedenen Bereichen anzusiedeln sind, müsste die Ansprechstelle direktionsübergreifend sein. Da sich in den verschiedenen Direktionen bereits Personen mit dem Thema auseinandersetzen, könnte die Stelle ressourcensparend umgesetzt werden.

Begründung der Dringlichkeit: Da immer wieder Gemeinden betroffen sind, muss rasch Unterstützung geboten werden.

Verteiler

- Grosser Rat